

Mindestlohn, Schecks und mehr

Bidens ehrgeizige Wirtschaftspläne stoßen nicht nur auf Zustimmung. Ökonomen befürchten etwa, dass eine Verdopplung des Mindestlohns Arbeitsplätze vernichten könnte.

Von Winand von Petersdorff, Washington

Nach und nach sickern die Pläne des designierten Präsidenten Joe Biden für die Reanimierung und den Umbau der amerikanischen Wirtschaft durch: Sie sind radikal, als Bidens Ruf als moderater, zur politischen Mitte neigender Demokrat hätte vermuten lassen: Klare Ziele sind ein auf 15 Dollar die Stunde verdoppelter staatlicher Mindestlohn, ein bis zu drei Billionen Dollar schweres Programm zum klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft, eine Stärkung der Gewerkschaften und schärfere Finanzregulierung der Wall Street. Kurzfristig will Biden amerikanischen Arbeitnehmern 2000 Dollar zukommen lassen und die Arbeitslosenhilfe verlängern, Bundesstaaten und Kommunen finanziell stützen und mehr Geld lockermachen, um die Produktion und Verteilung des Covid-19-Impfstoffes zu beschleunigen.

Biden begründet die Notwendigkeit, dass die Regierung schnell viel Geld ausgibt, mit der Sorge, dass die Familien und Unternehmen sofort Hilfe benötigten. Die jüngste Zahl neuer Anträge auf Arbeitslosenhilfe bestätigt die Dringlichkeit. Sie schnellt auf 1,4 Millionen nach oben. Den Arbeitslosen soll nicht nur über eine Durststrecke hinweg geholfen werden. Biden glaubt, eine tiefere Rezession abwenden zu können, wenn durch Subventionen und Transfers Firmen am Leben erhalten werden und Langzeitarbeitslosigkeit vermieden werden kann. Biden weist darauf hin, wie ungleich verteilt die Lasten der Krise sind. Sie sei die ungerechteste Wirtschaftskrise der jüngeren Geschichte. Die Federal Reserve teilt die Einschätzung einer ungleichen Lastteilung, wie Zentralbankerin Lael Brainard

jetzt in einer Rede deutlich machte: Für Arbeiter in der untersten von vier Einkommensgruppen liegt laut Fed-Analyse die Arbeitslosigkeit oberhalb von 20 Prozent, für das oberste Viertel der Einkommen dagegen bei unter 5 Prozent. Schwarze und hispanische Familien sind stärker betroffen als weiße. So verspricht Biden besondere Hilfen für kleine Betriebe, die von Schwarzen, von Hispanics oder von Frauen geführt werden.

Die Wirtschaftsagenda findet breite Zustimmung, aber auch einige Kritiker im eigenen Lager. Harvard-Ökonom Larry Summers etwa, Chefvolkswirt und Finanzminister unter demokratischen Präsidenten, hält die geplante Verteilung von Schecks in Höhe von 2000 Dollar für überzogen. Die Lohnausfälle seien geringer als gedacht und würden auch ohne 2000 Dollar pro Kopf schon durch staatliche Zuwendungen überkompensiert, argumentierte der Ökonom und provozierte heftige bis ausfällige Reaktionen von der demokratischen Basis.

Heikel ist auch die von Biden jüngst wiederholte Forderung, den Mindeststundenlohn auf 15 Dollar anzuheben. Eine Berechnung der überparteilichen Rechnungsprüfer des Congressional Budget Office kam 2019 zum Ergebnis, dass eine Anhebung auf dieses Niveau mehr als eine Million Arbeitsplätze kosten würde. Das gilt umso mehr in der Pandemie, glaubt Ökonom Tyler Cowen. Allerdings dürften die Republikaner die Lohnerhöhung durch prozedurale Tricks (Fillbuster) blockieren. So bliebe Biden allerdings noch die Möglichkeit, alle Geschäftspartner der Regierung zu zwingen, ihren Bediensteten mindestens 15 Dollar zu gewähren.



In fünf Tagen beginnt Joe Bidens Amtszeit als Präsident.

Foto AP

Kursbewegungen an der Wall Street wurden bisher als Vorfreude der Investoren auf das Stimulus-Programm Bidens gewertet. Doch sie haben auch Grund zur Besorgnis: Biden hat als Chef der Börsenaufsicht Security and Exchange Commission SEC einen echten Falken vorgesehen: Gary Gensler war früher Swap-Händler für Goldman Sachs und später Mitarbeiter im Finanzministerium. Präsident Barack Obama machte ihn zum Oberaufseher für den Derivat Handel als

Chef der Commodity Futures Trading Commission. Er strengte Gerichtsverfahren gegen große Banken an und regulierte den Handel so, dass viele Banker ihm das übelnahmen. Auch im Kongress verliert die Wall Street an Unterstützung. Den einflussreichen Bankenausschuss im Senat wird der linke Abgeordnete aus Ohio, Sherrod Brown, führen. In Zukunft werde die Führung des Ausschusses laut Brown dafür sorgen, dass Arbeitnehmer und ihre Familien Priorität hätten.

Soros raus – Peking rein

Wie Ungarns Regierungschef Viktor Orbán schrittweise die Verbindungen zu China ausweitet

ami. WIEN. Das EU-Mitglied Ungarn baut seine Beziehungen zum kommunistischen China weiter aus – jetzt auch in Gesundheit und Bildung. Nach dem russischen Sputnik-V-Impfstoff zur Bekämpfung von Covid-19 hat das Land auch das Vakzin des chinesischen Pharmaherstellers Sinopharm gekauft. „Die erste Lieferung könnte bis zu einer Million Dosen umfassen“, berichtete der Stabschef des ungarischen Ministerpräsidenten. Die Impfstofflieferungen der EU gingen ihm zu langsam. Ungarn wolle mit Russland und China über zusätzliche Käufe reden. Ungarn demonstriert damit abermals einen eigenständigen Weg in der EU gegenüber China. Peking darf künftig auch im ungarischen Bildungswesen mitmischen. Budapest unterstütze den Bau des

ersten Ablegers der Fudan-Universität aus Schanghai außerhalb Chinas mit umgerechnet 2,3 Millionen Euro, berichten ungarische Medien. Der schon länger geplante neue Campus solle 2024 eröffnet werden. Bis zu 6000 Studenten könnten dort in Wirtschaft, internationalen Beziehungen, Medizin und technischen Fächern unterrichtet werden.

Die Nachricht ist pikant, denn die Regierung Viktor Orbáns hat den Ruf, ihr nicht genehme ausländische Universitäten zu bekämpfen. Der Europäische Gerichtshof hatte deswegen 2020 zweimal Klagen stattgegeben, weil Ungarn ausländische Organisationen, darunter die „Zentraleuropäische Universität“ des aus Budapest stammenden amerikanischen Milliardärs George Soros, bedrängte. Die

Universität ist inzwischen wegen des politischen Drucks nach Wien abgewandert.

Die Empörung über den „Ausverkauf der akademischen Freiheit in Ungarn“ reicht bis nach Berlin. Die für die Region zuständige FDP-Außenpolitikerin Renata Alt erklärte, Orbán zeigt abermals, „dass er keinerlei Interesse an den Werten der offenen Gesellschaft hat“. Eine von China kontrollierte Universität nach Ungarn einzuladen und mit staatlichen Subventionen in Millionenhöhe zu unterstützen sei „ein weiterer Schlag ins Gesicht der Wissenschaftsfreiheit“. China kaufe sich dort in Mitteleuropa ein, wo es für das Land am lukrativsten erscheine und wo wissenschaftliche Erkenntnisse für die eigenen Zwecke missbraucht werden könnten. Ungarn ist mit dem asiatischen Land vielfäl-

tig verbunden. So soll China die neue Schnellzugstrecke vom serbischen Belgrad nach Budapest bauen. Der Abschnitt der umstrittenen „Neuen Seidenstraße“ wäre die erste Zugstrecke, die die Chinesen in Europa errichten. Budapests Notenbank verfügt über eine Kreditlinie bei den Pekinger Kollegen und publiziert ausgewählte Berichte auf Chinesisch.

Anders als die meisten Staaten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa hat Ungarns Regierung auch dem Druck der Trump-Regierung widerstanden, den chinesischen Hersteller Huawei aus der 5G-Technologie zu verbannen. Im Gegenteil: Huawei will ein Forschungs- und Entwicklungszentrum in Budapest eröffnen. Ein Forschungsinstitut für Osteuropastudien betreiben die Chinesen dort schon.

Altmaier stellt höheres deutsches Klimaziel für 2030 in Aussicht

Und 2040 soll Stromerzeugung CO₂-neutral sein

itz. BERLIN. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) schwenkt auf die Linie von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) ein und ist bereit, die deutschen Ziele zur Minderung des Treibhausgasausstoßes zu erhöhen. Weil die EU kürzlich eine stärkere Absenkung beschlossen hatte, werde man in Deutschland bis 2030 eine Reduktion um 60 Prozent gegenüber 1990 anpeilen, sagte Altmaier nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin. Bisher hatte das nationale Ziel 55 Prozent betragen, Schulze strebt 65 Prozent an.

Altmaiers Haus sah sich am Donnerstag nicht in der Lage, die Angabe zu bestätigen. Eine Sprecherin sagte lediglich, sobald Klarheit über die EU-Energieziele herrsche, werde „zu disku-

tieren sein, wie sich die Erhöhung der Klimaziele durch die Europäische Kommission auf die Ziele der Mitgliedstaaten auswirkt“.

Sie unterstrich, dass Deutschland in der Verfolgung seiner Klimaziele im Stromsektor „gut vorankommt“. Altmaier stellte am Donnerstag in diesem Feld Klimaneutralität bereits bis 2040 in Aussicht. Diese Entwicklung treibt seiner Meinung nach dann auch die Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung und des Verkehrs voran; beide Bereiche hinken der Stromerzeugung hinterher. Die Sprecherin sagte, die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werde 2020 und 2021 gesenkt und „perspektivisch“ ganz abgeschafft: „Nur wenn die Energiewende bezahlbar bleibt, hat sie auch Akzeptanz.“

Für ein Ende der Priorisierung

Hausärzte wollen so schnell wie möglich impfen

itz. BERLIN. Die Hausärzte stellen sich darauf ein, den neuen Corona-Impfstoff von Astra-Zeneca möglichst bald verabreichen zu können. Und zwar an jeden Patienten, der es wünscht, unabhängig von der derzeitigen Priorisierung. „Die Hausärzte stehen Gewehr bei Fuß“, sagte der Vorsitzende des Branchenverbands, Ulrich Weigeldt. Er rechnet mit Beginn der Immunisierung „im großen Stil“ im Februar oder spätestens im März.

Das neue Vakzin könnte von der EU-Kommission Ende Januar zugelassen werden. Es muss nicht so stark gekühlt werden wie andere und ließe sich auch außerhalb von Impfzentren in Arztpraxen injizieren. Weigeldt versicherte, man werde sich in der Priorisierung nicht gegen die Regeln stellen. Er erwartet jedoch, dass angesichts des wachsenden Angebots an Seren und der zurückhaltenden Impfbereitschaft ohnehin jeder impfwillige Patient immunisiert werden könne.

Die Hausärzte wollen zunächst Pflegebedürftige zu Hause ansprechen. In keinem Falle dürfe es „Priorisierungsdebatten am Praxistresen“ geben, mahnte Weigeldt. Er lehnt eine Impfpflicht ab und verlangt stattdessen mehr Aufklärung und Aktionen gegen Fehlinformationen. Die Erfolge von Massenimpfungen seien unbestreitbar, ihretwegen gebe es in Deutschland keine Kinderlähmung oder Diphtherie mehr.

Das Gesundheitsministerium unter Jens Spahn (CDU) hält die Diskussion um das Aussetzen der Priorisierung für verfrüht. Sobald es genug Impfstoff gebe, werde man „in die Fläche gehen“ und die Immunisierung über die Impfzentren „hochskalieren“, sagte Spahns Sprecher: „Dafür brauchen wir dann auch die Hausärzte.“ Weigeldt zufolge kommt ihnen in der Pandemie eine besondere Bedeutung zu: 80 Prozent der Corona-Kranken würden außerhalb von Kliniken behandelt und von diesen wiederum 80 Prozent von Hausärzten.

Gegen große Digitalkonzerne

Kartellamt darf früher einschreiten

enn. BERLIN. Die großen Digitalkonzerne stehen in Deutschland künftig unter schärferer Kontrolle, damit es bei Suchmaschinen, im Online-Versand oder in sozialen Medien wettbewerblich fair zugeht. Das Bundeskartellamt kann Unternehmen wie Amazon, Apple, Facebook und Google missbräuchliches Verhalten untersagen, selbst wenn sie einen Markt noch nicht beherrschen. Vielmehr kann das Amt nun, wenn es eine „überragende marktübergreifende Bedeutung“ des Unternehmens feststellt, ihm etwa untersagen, auf seiner Internetplattform bei der Darstellung der Suchergebnisse Angebote von Wettbewerbern schlechter zu präsentieren als eigene Angebote.

Dieses neue Instrument ist der Kern der Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die der Bundestag am Donnerstag mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen bei Enthaltung von FDP, Linken und AfD beschlossen hat. Entscheidend für

die „marktübergreifende Bedeutung“ sollen die Marktmacht des Konzerns, seine Finanzkraft, seine Tätigkeit auf unterschiedlichen, miteinander verbundenen Märkten, sein Zugang zu wettbewerbsrelevanten Daten sowie sein Einfluss auf den Marktzugang anderer Unternehmen sein.

Das sogenannte GWB-Digitalisierungsgesetz soll dem Kartellamt ein effektiveres Handeln ermöglichen. Da digitale Märkte schnelllebig sind, soll das Kartellamt leichter einstweilige Maßnahmen ergreifen können. Im Gesetzgebungsverfahren haben die Fraktionen den Regierungsentwurf von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) des neuen Paragraphen 19a, der ein Eingreifen trotz fehlender Marktbeherrschung ermöglicht, durch Beispiele präzisiert – etwa zum wettbewerbschädlichen Umgang mit Daten. Über Streitigkeiten zwischen dem Amt und den Konzernen soll der Bundesgerichtshof als einzige Instanz entscheiden.

Zwischen Amerika und China

Druck auf europäische Unternehmen nimmt zu

hena. SCHANGHAI. Zu dieser Umfrage nahm sogar die chinesische Regierung Stellung: China habe „keine Absicht, sich von der Welt zu entkoppeln“, teilte das Außenministerium in Peking am Donnerstag mit. Doch genau das ist die Befürchtung der europäischen Unternehmen im Land, wie aus einer Studie der Europäischen Handelskammer und des Berliner Forschungsinstituts Merics hervorgeht. Besonders bei digitalen Technologien, die in eine amerikanische und eine chinesische Seite zu zerfallen drohen, müssten sich die Unternehmen „auf das Schlimmste“ vorbereiten. 120 Europäische Unternehmen wurden gefragt, was die „Entkoppelung“ Amerikas von China für ihr Geschäft bedeute. Demnach ist nicht eingetreten, was der Präsident Donald Trump mit seinem Handelskrieg hatte erreichen wollen: Ausländische Unternehmen betreiben ihre Fabriken im Großen und Ganzen auch weiterhin in China.

Die Schlacht um die Hoheit im Internet und im Technologiesektor hängen hat ihre Spuren hinterlassen. Trumps Verbot für amerikanische Hersteller von Mikroprozessoren, an viele Unternehmen in China liefern zu dürfen, sorgt bei den deutschen Autobauern im mit Abstand größten Automarkt der Welt bereits für Engpässe und hat dazu geführt, dass die Produktionsbänder im Dezember teilweise angehalten werden mussten.

Doch habe die große Entkoppelung im Technologie-Bereich schon eingesetzt, als Trump noch gar nicht im Amt war, weiß der Schanghai Berater Georg Stieler. Mit dem ersten Entwurf zu Chinas Cybersecurity-Gesetz sei bereits 2015 absehbar gewesen, dass sich

ähnlich zum Konsumenten-Internet auch das industrielle Internet in mindestens zwei unterschiedliche Einflussphären aufteilen würde. So begann China, Software von Microsoft von Computern in Regierungseinrichtungen und Staatsunternehmen zu entfernen, eigene Betriebssysteme für Smartphones und Computer zu entwickeln und Lokalisierungsvorschriften für Fernwartungsdienstleistungen sowie Privilegien für die Nutzung des chinesischen Beidou-Satellitensystems im industriellen Bereich zu erteilen. Dann beschloss Peking das Cybersecurity-Gesetz. Teil dessen ist ein Programm, das der chinesischen Regierung vollständigen Zugang auf alle Daten in Netzwerken und Servern im Land gewähren soll. Betriebsgeheimnisse könnten dadurch im schlimmsten Fall vollkommen transparent werden.

Anbieter von datenbasierten Dienstleistungen müssen in China mit lokalen Cloud-Anbietern zusammenarbeiten. So ist das Übertragen von in anderen Weltregionen entwickelten Lösungen auf Plattformen nach China schwieriger geworden, weil sich die technische Infrastruktur anders entwickelt. Auch existieren Obergrenzen beim Datentransfer ins Ausland. So sind Fälle von Pharmaunternehmen bekannt, die Untersuchungsergebnisse ihrer chinesischen Forschungszentren nur nach langer Prüfung durch die Behörden mit Standorten auf der Welt teilen durften. Nur chinesischen Unternehmen ist erlaubt, die für autonomes Fahren notwendigen hochauflösenden Karten zu erstellen. Ausländische Autohersteller und -zulieferer, die an diesem Thema arbeiten, müssen sich mit lokalen Unternehmen zusammantun.

Wenn die Abgeordnetendiät lockt

Wegen einer Reform würde eine Neuwahl in Italien Hunderte Abgeordnete ihren Sitz kosten

tp. ROM. Selten zuvor haben in den politischen Ränkespielen Roms die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten und Senatoren eine derart große Rolle gespielt wie in diesen Tagen der Regierungskrise. Es geht nicht um etwaige Interessenkonflikte oder Beraterverträge. Vielmehr wird Hunderten Parlamentariern nachgesagt, sie würden alles tun, um nur bis zum Ende der Wahlperiode Anfang März 2023 ihren Sitz im Abgeordnetenhaus oder Senat zu behalten. Deswegen heißt es in Rom, viele würden bei einer Vertrauensabstimmung für wen auch immer stimmen, wenn damit nur vorgezogene Neuwahlen vermieden würden.

Nie waren die Aussichten so schlecht, in der nächsten Wahlperiode wieder ins Parlament zurückkehren zu können. Denn die populistische Fünf-Sterne-Bewegung hat im vergangenen Jahr eine drastische Reduzierung der Sitze im Parlament durchgesetzt. Im nächsten Abgeordnetenhaus sollen nur noch 400 „Deputati“ sitzen statt bisher 629, im Senat noch 200 „Senatori“ statt bisher 321. Die Fünf-Sterne-Bewegung hatte diesen Schnitt gegen viel Murren der anderen Parteien durchgesetzt. Nur wenige hatten sich getraut, dagegen aufzubegehren. Sie setzten sich damit dem Vorwurf aus, das politische Establishment zu verteidigen. Und gerade die Fünf-Sterne-Bewegung hatte versprochen, dagegen anzugehen. „Wir werden das Parlament öffnen wie eine Thunfischdose“, hatte schließlich der Gründer der Fünf-Sterne-Protestbewe-

gung, der Komiker Beppe Grillo, versprochen. Die Appelle, eine Reduzierung der Abgeordnetenzahl in eine umfassende Reform der Verfassung einzuordnen, liefen ins Leere. Denn im Dezember 2016 war eine Volksabstimmung über eine solche Verfassungsreform mit einem kleineren Abgeordnetenhaus und einem Senat als Kammer der Regionen gescheitert.

Nun müssen wohl ausgerechnet Abgeordnete der Fünf-Sterne-Bewegung für ihre Reform büßen. Bei einer Schätzung der künftigen Zahl von Volksvertretern anhand der jüngsten Meinungsumfragen

ergibt sich, dass fast 200 Parlamentarier Abschied nehmen müssten von ihrem bisherigen Leben in Rom. Doch gerade unter den Vertretern der Fünf-Sterne-Bewegung gibt es viele, die zuvor arbeitslos waren oder schlecht bezahlte Aushilfsjobs verrichteten. Der Spitzenkandidat von 2018, Luigi Di Maio, derzeit Außenminister und zuvor Präsident der Abgeordnetenkammer, sorgt selbst mit seinem Lebenslauf immer wieder für böse Anspielungen: Vor seiner steilen politischen Karriere verkaufte er im Fußballstadion Getränke. Di Maio und seinen Fraktionskol-

Italiens Parlamentarier und ihre Aussichten

Bei Wahlen würden fast alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus oder im Senat Sitze verlieren (Schätzung)					
Wichtigste Regierungsfractionen:	Wahl 2018 ¹⁾	Sitze aktuell	Aktuelle Umfrage ²⁾	Sitze künftig	Veränderung Mandate
Fünf-Sterne-Bewegung	32,7%	283	14,1%	86	-197
Demokraten	18,7%	127	19,4%	116	-11
Italia Viva	Gründung September 2019 Sitze durch Übertritte	48	2,9%	18	-30
Wichtigste Oppositionsfractionen:					
Lega	17,4%	193	23,2%	139	-54
Forza Italia	14,0%	145	5,9%	35	-110
Frattelli d'Italia	4,3%	52	17,2%	103	+51
Gemischte Gruppe		79		36	-43
Alle Mandate (Abgeordnetenhaus, Senat)		950	Verfassungsreform: Reduzierung der Mandate	600	-350

1) Stimmenanteile aus der Wahl zum Abgeordnetenhaus. 2) Rund 1200 durch SWG Befragte vom 7. bis 11. Januar. Quellen: Senat; Abgeordnetenhaus; Meinungsforschungsinstitut SWG; F.A.Z.